

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 21 | 11. bis 24. November 2019

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

Europäische Verbraucher halten Umwelt- und Gesundheitsschutz für wichtige Anliegen bei Handelsabkommen

Nach einer von der EU-Kommission am 20. November 2019 veröffentlichten Eurobarometerumfrage sind 78 Prozent der Deutschen der Ansicht, dass die Europäische Union die Handelsinteressen ihrer Mitgliedstaaten besser verteidigt, als dies die Länder in Eigenregie leisten würden. Europaweit teilten 71 Prozent der Befragten diese Sichtweise. 67 Prozent der Deutschen und europaweit 60 Prozent der Bürger meinten, dass sie vom internationalen Handel persönlich profitieren. 59 Prozent der befragten Deutschen seien der Meinung, dass sie durch den internationalen Handel mehr Auswahl haben (europaweit: 54 Prozent). Der Schutz der EU-Standards in den Bereichen Umwelt und Gesundheit sei ebenfalls zu einem wichtigen Anliegen in Europa geworden: 66 Prozent der befragten Deutschen und die Hälfte der Befragten europaweit hielten dies für eine prioritäre Aufgabe.

https://ec.europa.eu/germany/news/20191120handelspolitik_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_19_6294

<https://ec.europa.eu/comfrontoffice/publicopinion/index.cfm/survey/getsurveydetail/instruments/special/surveyky/2246>

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17
10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel
Isabelle Buscke
isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

Einigung über die Kennzeichnung der Energieeffizienz von Reifen

Die Unterhändler des EU-Parlaments, des EU-Ministerrats und der EU-Kommission haben sich am 13. November 2019 auf eine Aktualisierung der Verordnung über die Kennzeichnung von Reifen geeinigt. Das neue Design der Reifenlabels wird an das des EU-Energielabels angeglichen. Die niedrigsten Kraftstoffeffizienzklassen, die nicht mehr verwendet werden, wurden gestrichen, damit die Skala klarer und verständlicher wird. Da der Rollwiderstand von Reifen 20 bis 30 Prozent des Kraftstoffverbrauchs eines Fahrzeugs ausmache, müsse dieser Widerstand verringert werden, um die Kraftstoffeffizienz zu erhöhen und die Emissionen zu senken.

Darüber hinaus fallen auch runderneuerte Reifen in den Anwendungsbereich der Verordnung. Die neuen Vorschriften werden für sie gelten, sobald eine geeignete Prüfmethode entwickelt worden ist. Zudem gibt es Bestimmungen über die Aufnahme von Parametern für Laufleistung und Abrieb, sobald geeignete Prüfmethoden zur Verfügung stehen.

Die EU-Botschafter haben am 22. November 2019 die vorläufige Einigung zwischen dem Vorsitz des Rates und dem EU-Parlament positiv bewertet. Die Verordnung muss noch förmlich vom EU-Parlament und vom EU-Ministerrat verabschiedet werden. Die Anwendung der neuen Verordnung beginnt ab dem 1. Mai 2021.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/11/22/labeling-of-tyres-council-endorses-agreement-to-make-labels-more-visible/>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14152-2019-INIT/en/pdf>

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20191114IPR66510/labels-for-tyres-deal-for-greener-and-safer-road-transport>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

EU-Kommission setzt „Hochrangiges Forum zur Kapitalmarktunion“ ein

Die EU-Kommission hat am 18. November 2019 die Zusammensetzung eines Hochrangigen Forums zur Kapitalmarktunion mit 28 Experten unter Leitung von Thomas Wieser, dem ehemaligen Vorsitzenden der Euroarbeitsgruppe, bekanntgegeben. Das Forum wird sich aus drei Untergruppen zusammensetzen, die sich auf folgende Bereiche konzentrieren: (1) Schaffung eines Ökosystems, das eine stärkere Kapitalbeschaffung ermöglicht, mit besonderem Schwerpunkt

auf innovativen kleinen und mittleren Unternehmen; (2) Entwicklung der europäischen Kapitalmarktarchitektur, mit besonderem Schwerpunkt auf der Frage, wie neue Finanztechnologien diesen Prozess unterstützen können; (3) Investitionsauswahl und Zugang zu Kapitalmarktdienstleistungen zur Förderung einer größeren Beteiligung von Kleinanlegern. Bis Ende Mai 2020 sollen entsprechende Empfehlungen abgegeben werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_19_6297

https://ec.europa.eu/info/publications/cmu-high-level-forum_de

https://ec.europa.eu/newsroom/fisma/newsletter-specific-archive-issue.cfm?arctype=specific&newsletter_service_id=166&newsletter_issue_id=18631&page=1&fullDate=Thu%2021%20Nov%202019&lang=de

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. EU-Kommission fördert Absatz europäischer Lebensmittel

Die EU-Kommission wird im Jahr 2020 etwa 200 Millionen Euro für die Finanzierung von Absatzförderungsmaßnahmen für EU-Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse in der EU und in Drittländern bereitstellen. Über die geplanten Kampagnen würden die Verbraucher in der EU und weltweit über die verschiedenen EU-Qualitätsregelungen und -siegel, wie beispielsweise geografische Angaben oder ökologische/biologische Erzeugnisse, informiert. Ein weiterer Schwerpunkt der Kampagnen werde es sein, die hohen Sicherheits- und Qualitätsstandards sowie die Vielfalt und die traditionellen Aspekte der EU-Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse hervorzuheben. Innerhalb der Europäischen Union werde der Schwerpunkt auf der Förderung einer gesunden Ernährung und des Verzehrs von frischem Obst und Gemüse im Rahmen einer ausgewogenen Ernährung liegen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_19_6287

2. EU-Kommission konsultiert zu verschärften EU-Rechtsvorschriften für allergieauslösende Duftstoffe

Die EU-Kommission leitete am 12. November 2019 eine Konsultation zur Kennzeichnung von 52 weiteren allergieauslösender Duftstoffen gemäß der EU-Kosmetikverordnung ein. Bisher gilt die Kennzeichnungspflicht für 26 allergieauslösende Duftstoffe. Die Häufigkeit der Kontaktallergie gegen Duftstoffe in der Bevölkerung in Europa werde auf ein bis drei Prozent geschätzt. Offen sei in welcher Form die Kennzeichnung erfolgen solle. Bei einer Aufführung von Allergenen auf der Verpackung hätten es die Verbraucher eventuell mit sehr langen

und kaum lesbaren Listen zu tun. Bei einer E-Kennzeichnung hätten Verbraucher ohne eigenen Internetzugang im Laden Probleme mit dem Zugang zu den Informationen. Neben einer Website-Adresse käme aber auch das Scannen eines QR-Codes oder eines Barcodes in Betracht. Die EU-Kommission bittet bis 4. Februar 2020 um Beiträge von allen Interessenträgern, insbesondere auch von Verbrauchern und Verbraucherorganisationen. Der Vorschlag zur Änderung der Kosmetikrichtlinie soll im vierten Quartal 2021 vorgelegt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-6241542_de

3. Herkunft von Lebensmitteln aus den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten muss angegeben werden

Der Europäische Gerichtshof entschied am 12. November 2019, dass auf Lebensmitteln aus vom Staat Israel besetzten Gebieten ihr Ursprungsgebiet angegeben werden muss. Im Falle von Erzeugnissen aus israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten sei zusätzlich die Angabe „israelische Siedlung“ erforderlich.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-11/cp190140de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=220534&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1586494>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

EU-Ministerrat bereitet Standpunkt zu ePrivacy-Verordnung vor

Der EU-Ministerrat hat für seine Tagung am 3. Dezember 2019 im Rat für Telekommunikation den Punkt „Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation“ („ePrivacy-Verordnung“) auf die Tagesordnung gesetzt. Hierfür wird eine Abstimmung über einen Standpunkt des Rates („Allgemeine Ausrichtung“) angestrebt. Auf dieser Grundlage könnten die Verhandlungen mit dem EU-Parlament beginnen, das seinen Standpunkt bereits festgelegt hat. Mit der ePrivacy-Verordnung will die EU-Kommission den Datenschutz und die Vertraulichkeit in der elektronischen Kommunikation verbessern.

Die finnische Präsidentschaft im EU-Ministerrat hat am 18. September 2019 einen Text zur ePrivacy-Verordnung vorgelegt. Dieser sieht entgegen dem Vorschlag der EU-Kommission und dem Standpunkt des EU-Parlaments keine Verpflichtung vor, dass Internet-Browser möglichst schon datenschutzfreundlich

eingestellt sind. Nach Artikel 10 des Vorschlags der EU-Kommission wären Software-Anbieter verpflichtet, Optionen in die Software einzubauen, mit denen Dritte gehindert werden können, Informationen auf Endgeräten zu speichern oder von diesen abzurufen. Dies würde vor allem Cookies betreffen. Über diese Optionen sollte der Nutzer bei Installation informiert und anschließend zu einer Entscheidung aufgefordert werden.

Der Kompromisstext der finnischen Ratspräsidentschaft will auch das sogenannte Tracking ermöglichen, also das Platzieren von Cookies auf Internetseiten, so dass die Verbraucher ohne ausdrückliche Zustimmung passgenaue Werbung erhalten.

Der Entwurf der finnischen Ratspräsidentschaft überschreitet aus Verbraucherschutzperspektive jedoch mehrere rote Linien. Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), kommentiert:

„Der aktuell diskutierte Entwurf zur ePrivacy-Verordnung überschreitet gleich mehrere rote Linien und ist aus Sicht des vzbv inakzeptabel. Unternehmen sollen weitreichenden Zugriff auf sensible Nutzerdaten bekommen, ohne Einwilligung der Betroffenen. Telekommunikations-Firmen könnten zum Beispiel Metadaten wie Standort, Uhrzeit, Datum und Dauer eines Anrufs weiterverarbeiten dürfen. Aus Sicht des vzbv ist dies nicht mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs vereinbar. Werbefinanzierten Nachrichtenseiten wollen die EU-Mitgliedsstaaten mit einer Sonderregelung sogar das webseiten- und geräteübergreifende Tracking der Nutzer ohne deren Einwilligung und ohne Schutzvorkehrungen erlauben.“

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12293-2019-INIT/en/pdf>

https://newsletter.vzbv.de/html_mail.jsp?params=Mh%2FBEU7U4b8AD-JdT5iQ9jBDvDbzztGAkpRi8zvU4xy3kOQ33JWF3VRwCmklJtSwMvo-KhrTaWKHuhMuZ2K4U%2F5LSNqGaEhBuB-GaX51c8dzrMg59bqFUe6EC37OvNRqYk3

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

Zunahme des Verbrauchervertrauens in Europa

Der von der EU-Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens stieg im November 2019 gegenüber dem Vormonat im Euroraum um 0,4 Punkte auf -7,2 Punkte und in der Europäischen Union um 0,6 Punkte auf -6,7 Punkte. Der Index liegt in beiden Gebieten noch weit über dem langzeitigen Durchschnitt von -10,7 im Euroraum und -10,0 in der Europäischen Union.

Der Index wird seit Januar 2019 neu berechnet. Er beruht nunmehr auf den Antworten von Verbrauchern auf folgende vier Fragen: (i) Wie hat sich die finanzielle Lage ihres Haushalts in den letzten 12 Monaten entwickelt?, (ii) Was für eine Entwicklung der finanziellen Lage ihres Haushalts erwarten sie in den nächsten 12 Monaten?, (iii) Was für eine Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ihres Landes erwarten sie in den nächsten 12 Monaten ? und (iv) Verglichen mit den letzten 12 Monaten, erwarten sie mehr oder weniger Ausgaben für größere Einkäufe (Möbel, Elektrogeräte, elektronische Geräte usw.) in den nächsten 12 Monaten?

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/fcci_2019_11_en.pdf

TERMINVORSCHAU

Rat

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (25. November 2019)

Kraftfahrzeugversicherung.

Sonderausschuss „Landwirtschaft“ (25. November 2019)

Paket für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (26. November 2019)

Nachhaltige Finanzierung.

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (26. November 2019)

Europäisches Kompetenzzentrum für Cybersicherheit.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (27. November 2019)

Richtlinie zu Trinkwasser (Vorbereitung des Trilogs),

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 2. Teil (27. und 29. November 2019)

Stärkung der Bankenunion; Nachhaltige Finanzierung; Stellungnahme zu Kryptowährungen („Stablecoins“); Reform der Finanzaufsicht.

Rat Wettbewerbsfähigkeit (28./29. November 2019)

Richtlinie über Verbandsklagen (Allgemeine Ausrichtung); Umsetzung der neuen Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (Informationen der Kommission); Schlussfolgerungen zur aktualisierten Bioökonomie-Strategie der EU.

Rat Justiz und Inneres (2./3. Dezember 2019)

Überprüfung des Europäischen Finanzaufsichtssystems (ESFS): Änderungsrichtlinie MiFID/Solvabilität II (Annahme des Gesetzgebungsakts); Änderungsverordnung Europäische Aufsichtsbehörden (Annahme des Gesetzgebungsakts).

Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie (2. bis 4. Dezember 2019)

Verkehr

Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Allgemeine Ausrichtung); Digitale Verkehrsdienstleistungen für Menschen: Die nächsten Schritte für nachhaltige europäische Lösungen (Orientierungsaussprache); Richtlinie zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung (Informationen des Vorsitzes); Dritte globale Ministerkonferenz zur Straßenverkehrssicherheit, Stockholm, 19./20. Februar 2020 (Informationen der schwedischen Delegation).

Telekommunikation

Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation (gegebenenfalls Allgemeine Ausrichtung); Die Europäische Union als Zentrum für ethische Datennutzung (Orientierungsaussprache); Schlussfolgerungen zur Bedeutung von 5G für die europäische Wirtschaft und zur Notwendigkeit, Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit 5G zu mindern; Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit und des Netzes nationaler Koordinierungszentren (Informationen des Vorsitzes); Konferenz zum Thema Datenwirtschaft, Helsinki, 25./26. November 2019 (Informationen des Vorsitzes); Konferenz zur digitalen Verwaltung Helsinki, 22. Oktober 2019 (Informationen des Vorsitzes).

Energie

Intelligente Sektorenintegration: Förderung von sauberer Energie (Orientierungsaussprache); (gegebenenfalls) Energiepolitische Prioritäten der neuen Kommission (Gedankenaustausch); Folgemaßnahmen zur Mitteilung über die Entwürfe der nationalen Energie- und Klimapläne mit dem Titel „Vereint für Energieunion und Klimaschutz" (Gedankenaustausch).

Rat Wirtschaft und Finanzen -Ecofin (5. Dezember 2019)

Stärkung der Bankenunion ; (Fortschrittsbericht); Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen (Informationen des Vorsitzes); Agenda für ein nachhaltiges Finanzwesen (Informationen der Kommission und Gedankenaustausch); Arbeitsplan des Rates (Wirtschaft und Finanzen) zum Klimaschutz (Billigung); Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission zu Stable Coins (Billigung);; Schlussfolgerungen zur Vertiefung der Kapitalmarktunion; Ernennung des Europäischen Datenschutzbeauftragten (EDSB).

Europäisches Parlament

Plenum (25. bis 28. November 2019)

VN-Klimakonferenz 2019 (Anfragen zur mündlichen Beantwortung; Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 12. und 13. Dezember 2019 - Erklärungen des Rates und der Kommission; Vorstellung des Kollegiums der Kommissionsmitglieder und seines Programms durch die gewählte Präsidentin der Kommission; Wahl der Kommission.

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (26. November 2019)

Abstimmung über die Kandidaten für das Amt des Europäischen Datenschutzbeauftragten.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (4. Dezember 2019)

Berichterstattung über die laufenden interinstitutionellen Verhandlungen: Programm über den Binnenmarkt und Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte; Typp Genehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (Prüfung des Entwurfs einer Stellungnahme).

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft (26. November 2019)

Bewertung der Europäischen Energieunion – Die soziale und gesellschaftliche Dimension der Energiewende.

Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt (27. November 2019)

Die nachhaltige Wirtschaft, die wir brauchen (Initiativstellungnahme); Orientierungsaussprache über die Finanzierung des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft und der Herausforderungen bei der Finanzierung der Anpassung an den Klimawandel (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des künftigen kroatischen EU-Ratsvorsitzes).

Ausschuss der Regionen

Plenum (4./5. Dezember 2019)

Entschließung zum Thema „Der grüne Deal in Partnerschaft mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“; Aktionsplan gegen Desinformation (Initiativstellungnahme); Ein europäischer Rahmen für die Regulierung der kollaborativen Wirtschaft (Initiativstellungnahme); Bericht über die Wettbewerbspolitik 2018.

Europäischer Gerichtshof

Mündliche Verhandlung in den verbundenen Rechtssachen C 682/18 YouTube und C 683/18 Cyando (26. November 2019)

Der deutsche Bundesgerichtshof hat dem EuGH eine Reihe von Fragen zur Haftung der Internetvideoplattform YouTube bzw. des Sharehosting-Dienstes „uploaded“ für urheberrechtsverletzende Inhalte vorgelegt.

Schlussanträge in der Rechtssache C 567/18 (2. November 2019)

Coty Germany, die nach ihrem Vorbringen eine Lizenz an der Marke Davidoff hält, beanstandet, dass auf Amazon-Marketplace Parfums der Marke „Davidoff Hot Water“ angeboten werden, die nicht mit Zustimmung des Markeninhabers in den Verkehr gebracht worden seien.

Urteil in der Rechtssache C 432/18 (4. Dezember 2019)

Das Consorzio Tutela Aceto Balsamico di Modena, ein Konsortium von Erzeugern der mit der Bezeichnung „Aceto Balsamico di Modena“ versehenen Erzeugnisse, ist der Auffassung, dass die Verwendung der Bezeichnung „Balsamico“ für auf Essig basierende Produkte durch die deutsche Firma BALEMA gegen die geschützte geografische Angabe „Aceto Balsamico di Modena“ verstößt.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)